

Miteinander

No 2

*Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!*

Seit unserer Ausgabe No. 1 ist viel passiert:

Ab Oktober drohen uns wieder massive Einschränkungen unserer Grundrechte, und das besondere ist diesmal dabei, dass dafür keinerlei wissenschaftliche Voraussetzungen mehr nötig sind. Denn der Evaluationsbericht der Bundesregierung hat gezeigt, dass keine der angeordneten Maßnahmen eine Wirkung hatte.

Auch die weiterhin katastrophale Lage im Ahrtal ist Anlass für Protest: Wieso fließen unsere Steuergelder überall hin, in Krieg, in ferne Länder, aber nicht in unsere Heimat? Antworten bleiben die Verantwortlichen schuldig.

Womit man aber schnell ist: schon vorab jegliche Äußerung des Unmuts als rechts zu deklarieren. Framing nennt man das.

Zu diesen und weiteren Themen finden Sie ausführliche Berichte in unserer No. 2.

Mittlerweile haben wir so viele Themen, die uns wichtig sind zu kommunizieren, dass wir sie nicht mehr in eine Printausgabe bringen können. Schauen Sie doch gelegentlich auf unserer Homepage vorbei!

Wir freuen uns weiterhin auf einen guten Austausch mit Ihnen!

Eleonore Büschges

WAS GIBT'S DENN DA ZU HOFFEN?



Foto: Hannes Henkelmann

„Hoffentlich geht im Herbst nicht alles wieder von vorne los...“ Jeder weiß, was damit gemeint ist. Wem zehrt dieser häufig zu hörende Satz nicht an den Nerven?

Wir wissen jetzt, es GEHT wieder los: Masken, Tests, Freiheitseinschränkungen, offene Kennzeichnung von Menschen.

Erinnern wir uns an Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn: „Mit dem heutigen Wissen hätte es keinen weiteren Lockdown geben müssen.“ Zumindest dieses Statement war ehrlich. Seinen Nachfolger interessiert „heutiges Wissen“ herzlich wenig. Er schürt weiter mit populistischer Panikmache die Ängste der Menschen, die dann in oben genannten Satz münden: „Hoffentlich geht's nicht wieder los...“

Was bedeutet hoffen?

Wenn ich hoffe, dass etwas nicht passiert (Gewitter kommt vielleicht), dann unterstelle ich, auf das zu Erwartende keinen Einfluss nehmen zu können (Gewitter kommt oder kommt nicht).

Fortsetzung Seite 2

Hoffen ist losgelöstes, passives Wunschdenken und ohne Einfluss auf das Ergebnis. Anders als ‚Glauben‘, ‚Beten‘, ‚Meditieren‘. Der kollektiven Kraft dieses gemeinsamen Tuns wird zumindest gelegentlicher Erfolg nachgesagt. Wie kann ich aber von unliebsamen, ja schlimmen Dingen nur ‚hoffen‘, dass sie nicht wieder eintreten? Passives Hoffen wird uns definitiv nicht vor Repressalien, Einschränkungen und dem Verlust der Pfälzer Lebensfreude schützen. Und auch nicht vor Erkrankungen.

Wenn ich nicht mehr erleben möchte, dass Fitness-Studio, Lieblings-Italiener, die Kita oder der Vereins-Treff wieder schließen müssen und hässlich aus dem Boden gestampfte Schnelltest-Center den Blick auf unsere Sehenswürdigkeiten verstellen, dass Begegnungen nach Test- und Impfergebnissen reglementiert und Kindergesichter wieder hinter Masken verschwinden - wenn dies und vieles, vieles mehr nicht mehr geschehen soll, muss das Hoffen ersetzt werden - durch Tun! Wer selbstbestimmte Gesundheitsvorsorge oder individuelle Entscheidungsfreiheit liebt, dem empfehle ich deutlich mehr Tatkraft als nur das Hoffen.

Aber möchten wir aktiv gegen bestehende oder ständig aktualisierte Verordnungen und Gesetze verstößen? Möchten wir Ordnungswidrigkeiten, Abmahnungen oder Gerichtsverfahren riskieren? Sicher nicht jeder! Nur: zwischen „#alleswiedermitmachen“ und einer strikten Verweigerungshaltung gibt es eine Grauzone des Ermessens, und es gibt in fast allen Lebensbereichen Verhaltensspielräume.

Bereits heute, im August 2022, entgegne ich den ‚Hoffnungs-Menschen‘ meine Gedanken und stelle Fragen wie: „Rückblickend auf Ihr Leben - was hat sich allein durch Hoffen gefügt?“ oder: „Schafften Sie Ihre größten persönlichen oder beruflichen Erfolge durch kluges, mutiges, beharrliches Tun oder durch Hoffen?“ Die innere Antwort auf diese Fragen ist selbsterklärend.

Wenn ich also mit „heutigem Wissen“ und den verfügbaren Informationen zu dem Schluss komme: Corona ist eine alljährlich wiederkehrende Erkältungskrankheit, gefährlich für alte, kranke und vorerkrankte Menschen, und Corona ist keine außerordentlich schlimme, gefährliche Pandemie, dann kann ich frei von Angst und Panik agieren.

Was kann der Einzelne tun?

Ich kann z.B. die ‚Hoffenden‘ bitten, nicht jedes Husten oder Niesen im Herbst mit einem Schnelltest zu hinterfragen. Zu Hause auskuriert. Fertig. Orte, an denen Tests verbindlich verlangt werden, kann ich meiden, die Vorgaben lautstark hinterfragen und mit dem ggf. verpflichteten Arbeitgeber das Gespräch und Lösungen suchen. Wetten, dass andere Menschen auch „#nichtalleswiedermitmachen“ möchten?

Ich kann daran erinnern, dass „durch Impfung doch die

allermeisten geschützt sind“. Erkrankte wieder gesund wurden. Kann ständig testende Bekannte und Kollegen ruhig mal ‚Pandemietreiber oder Inzidenzen-Jünger‘ nennen („So hört das nie auf“). Den Handschlag zur Begrüßung oder die Umarmung wieder pflegen und Maskenträger bitten, ihr Gesicht zu zeigen und dabei auch mal wieder frei zu atmen.

Und wir dürfen darüber sprechen, dass „mit dem heutigen Wissen“ Geimpfte und Ungeimpfte gleichermaßen Viren übertragen und andere Menschen anstecken können. Dass bei einer freien Impfentscheidung jedem selbst überlassen bleibt, wie individuelle Ängste vor Erkrankung beantwortet werden. Wir dürfen den Tod und das Sterben aus der Tabu-Zone holen und über faktenbasierte Sterberaten der Altersgruppen berichten.

Wir können fordern, alle zur Verfügung stehenden Mittel (Kriegskasse inklusive!) in die Wiedereröffnung der in den letzten Jahren geschlossenen Krankenhäuser zu stecken und die Milliarden, die in Test- und Impfkampagnen geflossen sind, in die Verbesserung der Gesundheitssysteme zu investieren.

Und wer gleichermaßen sein Immunsystem und seine Gedanken auffrischen möchte, dem empfehle ich, sich montags einem Spaziergang der besonderen Art anzuschließen. Nämlich mit tatkräftigen Mitbürgern die passive Hilflosigkeit des Einzelnen als aktiven Protest auf die Straße zu tragen.

Ach so, entschuldigen Sie bitte den Vorschlag. Wie? Sie möchten Rechtsradikale nicht unterstützen? So wahr, wie „Waffen liefern stiftet Frieden“, so wahr ist der ‚rechte‘ Montags-Protest.... Überzeugen Sie sich doch einfach selbst!

Wir können über all dies Miteinander reden. Und wir hoffen natürlich auf Sie...!  Ingrid Schulze

MONTAGS ABENDS AUF DER STRASSE

Wie in zahlreichen deutschen Städten finden auch in Bad Dürkheim Montagsdemonstrationen statt (im Wechsel mit Neustadt).

Menschen aus der Mitte der Gesellschaft protestierten zunächst gegen die Coronamaßnahmen. Mittlerweile ist das Spektrum weiter geworden: Wir spazieren für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung, für ausgewogene Information durch die Leitmedien und ein versöhnliches Miteinander!

Termine finden Sie unter:

www.miteinander-duew.de/news 

Redaktion

DAS ROTE IMPERIUM: DIE MEDIENBETEILIGUNGEN DER SPD

Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes haben nach dem 2. Weltkrieg beim Verfassen des Grundgesetzes die negativen Einflüsse des Hugenberg-Konzerns bei der Demontage der Weimarer Republik berücksichtigt: Alfred Hugenberg, Großindustrieller, kontrollierte mit seinem Medienimperium 50 % der deutschen Presse und trug maßgeblich mit nationalistischer und antidebakalischer Propaganda zur Zerstörung der Weimarer Republik bei. Der Verfasser meint: das Grundgesetz hat hier leider „Schlupflöcher“ gelassen, die zu mittlerweile bedenklichen Entwicklungen in unserer Demokratie geführt haben.

Vorneweg: hier werden nur die Medienbeteiligungen der SPD thematisiert, da die anderen Parteien keine Medienbeteiligungen haben (AfD + Grüne) oder keine nennenswerten (CDU/CSU, FDP, Die Linke).

Bei der SPD ist dies anders, erklärbar vor allem damit, dass es während des Kaiserreiches und bis zum Ende des 2. Weltkrieges keine mit heutigen Verhältnissen vergleichbare freie Presse gab. Die SPD hatte unter zum Teil schweren Repressionen der staatlichen Organe zu leiden und versuchte durch die Herausgabe eigener Zeitungen, Öffentlichkeit zu bekommen und für ihre Vorstellungen zu werben.

Die SPD hat es als älteste deutsche Partei in 150 Jahren geschafft, ein Vermögen von geschätzt mehreren hundert Mio. Euro aufzubauen.

Wie groß ist der Einfluss der SPD auf die freie Medienberichterstattung in Deutschland?

Das Medienimperium der SPD wird gesteuert über die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG)“. Die SPD ist 100 % Eigentümerin.

Über die DDVG ist die SPD an zahlreichen Zeitungen und auch Radiosendern beteiligt.

Besondere Bedeutung hat die Beteiligung an der Madsack-Verlagsgesellschaft, wie die SPD ein großer deutscher Medienkonzern.

Die Madsack-Verlagsgesellschaft ist zum einen wiederum an vielen großen Zeitungen beteiligt; zum anderen bietet Madsack auch „Serviceleistungen“ für Zeitungen an; hier ist vorrangig zu nennen: das „Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)“. Hier die Beschreibung der Tätigkeit des RND durch den Madsack-Verlag:

„Seit dem Jahr 2013 recherchiert und produziert das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) überregionale In-

halte für mehrere Dutzend regionale Tageszeitungsmärkte. Die Redaktion erreicht mit ihren Nachrichten, Reportagen, Beiträgen und Meinungsstücken täglich viele Millionen Leser.“

Was ist der Hintergrund? Immer mehr Zeitungen müssen sich aus Kostengründen neu positionieren und machen dies, indem sie kostenintensive überregionale Inhalte von „außen“ einkaufen, um sich auf marginärstärkeres Geschäft konzentrieren zu können. Das bedeutet, dass viele Zeitungen überregionale Inhalte vom Redaktionsnetz Deutschland (RND) kaufen. Aufgrund der zunehmenden Konzentration im Zeitungswesen wird der Einfluss des RND, und damit der SPD, immer größer.

Es spricht unserer Demokratie Hohn, dass die wesentliche Bewertung politischer Vorgänge in Deutschland von journalistischen VertreterInnen vorgenommen werden, die mittelbar aus dem Umfeld der SPD kommen. So etwas würde man eher in südamerikanischen Bananenrepubliken verorten.

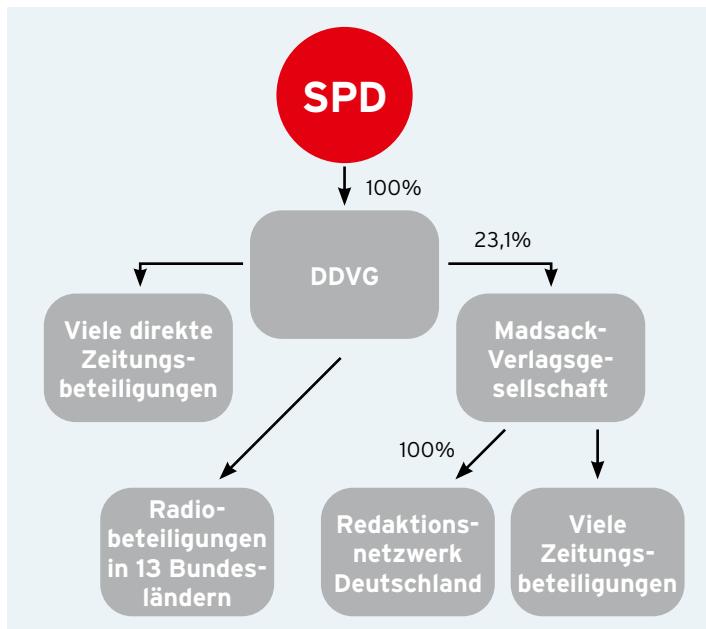
D.h., die Institution, die den politischen Eliten auf die Finger schauen soll, die eine ganz entscheidende Kontrollfunktion in einer Demokratie hat, ist zum Teil in den Händen einer der beiden Volksparteien, die seit Jahrzehnten unser Land prägen.

Dass es der SPD beim Aufbau ihrer Investitionen primär um die Medienmacht geht, sieht man darin, dass die SPD sonst kaum nennenswerte Beteiligungen (außer an einem Reisebüro) außerhalb der Medienbranche hat. Man will über die Beteiligungen politischen Einfluss geltend machen.

Das hat die SPD übrigens auch planmäßig mit ihren Radiobeteiligungen umgesetzt: sie hat sich in fast allen Bundesländern in Radiosender eingekauft. In RLP besitzt man eine Beteiligung am Radiosender RPR, Ludwigshafen: RPR 1, big FM mit 9,2 %.

Wie geht die SPD mit dieser seit langem bekannten Kritik um?

Sie verweist darauf, dass das Bundesverfassungsgericht unter Hinweis auf das Grundrecht auf freie wirtschaftliche Betätigung auch für Parteien die Zulässigkeit der Medienbeteiligungen bestätigt hat. Natürlich kann die SPD ihr großes Vermögen gewinnbringend anlegen, aber man kann eine politische Partei doch nicht mit einem „normalen“ Bürger oder Unternehmer gleichsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat hier



leider rein formal juristisch entschieden, nicht im Sinne des Schutzes der demokratischen Meinungsvielfalt. Die SPD kann sich überall beteiligen, aber nicht an der Branche, die eine Demokratie kritisch begleiten soll. Dazu argumentiert die SPD: wir haben doch nur Minderheitsbeteiligungen. Man braucht kein Wirtschaftsexperte zu sein, um die Absurdität dieser Behauptung zu erkennen, beispielhaft dargestellt an der SPD-Beteiligung am Madsack-Konzern.

Dr. Erich Madsack GmbH (Komplementär) 0,2 %

Sylvia Madsack 20,9 %

Ursula Maisel für Familiengesellschaft Koller 11,6 %

SPD/Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH 23,1 %

Gebrüder Gerstenberg GmbH & Co. KG 7,3 %

24 weitere Gesellschafter 36,9 %

Die SPD ist somit der größte Einzelgesellschafter mit 23,1 %. Da bei jeder Gesellschafterversammlung eine Mehrheit gefunden werden muss, kommt dem größten Einzelgesellschafter natürlich eine dominierende Stellung zu. Fazit: Da nicht davon auszugehen ist, dass sich die SPD von diesem enormen Machtinstrument freiwillig trennen wird, sollte über eine Grundgesetzänderung erreicht werden, dass Parteien grundsätzlich die Beteiligung an Medienunternehmen untersagt wird. Die politischen Mehrheiten dafür gibt es derzeit nicht, aber die nächsten Wahlen kommen bestimmt!

Wir Bürger und Bürgerinnen haben es in der Hand, dass diese enorme Medienmacht in den Händen einer Partei, die einer Demokratie völlig abträglich ist, schnellstmöglich beendet wird. Dieser Wählerwille muss von der kommunalen bis zur bundesweiten Ebene spürbar werden. Wir haben historisch niedrige Wahlbeteiligungen, nur etwas mehr als jeder Zweite geht überhaupt noch wählen, daher können schon wenige Prozentpunkte mehr Wahlbeteiligung erhebliche Wahlauswirkungen haben. Daher Bürgerinnen und Bürger, und hier vor allem alle bisherigen Nichtwählerinnen und Nichtwähler, strömt bei jeder Wahl zu den Urnen, zeigt, dass Ihr das Volk seid! 

Ulrich Martin

ALTERNATIVE MEDIEN

Schon länger aktiv und sehr empfehlenswert für den umfassenden Blick auf die Lage sind:

www.NachDenkSeiten.de

www.apolut.net

www.rubikon.news

www.uncutnews.ch

neben vielen anderen Quellen verlinkt bei:

www.offene-information.de

 Redaktion

— FRAMING —

Das ursprünglich englische Wort „Framing“ steht für eine Rahmengeschichte, welche dazu geeignet ist, einen Menschen in ein bestimmtes Licht zu rücken. Die Phrase: „to frame someone“ bedeutet auch: „jemandem etwas anhängen/hinters Licht führen/in die Pfanne hauen“.

Am Beispiel des Schweizer Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser lässt sich dieses Phänomen gut beschreiben.

Daniele Ganser reichte 2001 seine Doktorarbeit mit dem englischen Originaltitel: „NATO's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe“ ein. Er hatte darin geheime Armeen in Europa, inszenierten Terror und verdeckte Kriegsführung aufgezeigt. Es handelte sich umbrisante Informationen zu Militärstrukturen, welche den meisten zuständigen Verteidigungsministern in eigentlich demokratisch verfassten Staaten damals gänzlich unbekannt waren.

Dass Dr. Ganser durch seine Arbeiten für einige Gruppen mit ausgeprägten Machtinteressen unbehaglich ist, wurde spätestens 2011 klar, als er an seiner Habilitation arbeitete, um an der renommierten ETH Zürich zum Professor berufen zu werden, während er zur gleichen Zeit erste Ergebnisse zum 11. September 2001 in New York veröffentlichte. Er betonte, dass wesentliche Fragen noch unbeantwortet seien, woraufhin er vor die Wahl gestellt wurde, entweder Forschungen zu diesem Themenbereich zu vermeiden oder auf die Professur an der ETH verzichten zu müssen.

Er wehrte sich dagegen, dass bei politisch sensiblen Themen wie Terrorismus die Forschung bedrängt werde und verzichtete. Seine Arbeit und die Wirkung seiner Ergebnisse wurden anschließend vornehmlich dadurch versucht zu mindern und zu schwächen, dass er persönlich diskreditiert und bekämpft wird.

Der Frame, also der Rahmen, der ihm in Medien, angeführt von Wikipedia verpasst wird, reicht von den Kampfbegriffen des Verschwörungstheoretikers, Populisten und Manipulators bis zu dem Label des Antiamerikanisten, welcher Russland einseitig positiv darstelle. In diesem Zusammenhang fehlt natürlich auch nicht die gerne eingesetzte Nazikeule, indem er entweder schlichtweg als Antisemit betitelt wird oder indem dargestellt wird, dass vor allem eine rechte Szene seine Positionen begrüßt würde.

Opfer eines solchen Framings ist nicht nur, wer abgestempelt und ausgegrenzt wird, sondern jeder, der diese Darstellungen durch ständige Wiederholungen anfängt zu glauben. Der Effekt verhindert frühzeitig das Aufkeimen missliebiger Meinungen, ein offener demokratischer Diskurs wird unterbunden. Im Ergebnis kann so Meinungsführerschaft erreicht und erhalten werden. 

Martin Hilbert

— WAS LÄUFT SCHIEF IM AHRTAL? —

Vor einem Jahr, am 14.07.2021, zog eine Flutwelle durch das Ahrtal, zerstörte nahezu alles und brachte laut offizieller Seite 134 Menschen den Tod. Mehr als 1000 Menschen gelten als vermisst.

Noch immer sind die Schäden der Flutkatastrophe allgegenwärtig. Nicht einmal die Grundversorgungen mit Wasser, Strom, Gas und Telefon ist überall wiederhergestellt. Die Menschen im Ahrtal sind völlig erschöpft, ausgebrannt, teils noch schwerst traumatisiert, psychische Belastungen sind unverkennbar, und sie sind wütend, verzweifelt und mittlerweile hoffnungslos.

Sie sind müde des Kämpfens, erst gegen die Verwüstung, gegen die Schäden, gegen die Versicherungen, die nicht zahlen wollen, gegen die ISB Bank (die Anträge für staatliche Hilfszahlungen sind kompliziert und laut Aussage der ISB „müsste mit hohen Steuergeldsummen sorgfältig umgegangen werden. Auch Gutachter seien nötig. Diese sind allerdings oft ausgebucht.“)

Mir stellt sich die Frage, ob die Sorgfaltspflicht auch bei der Verteilung deutscher Steuergelder an die Ukraine seit 2014 alleine 4 Milliarden Euro Darlehen zuzüglich, seit Kriegsbeginn 2,5 Milliarden Euro KFW und Militärhilfe, gewahrt worden ist, oder ob hier, wie so oft, mit zweierlei Maß gemessen wurde?

Seitens der deutschen Politik wurde den Menschen im Ahrtal viel versprochen, aber weder die Reparaturen noch der notwendige Hochwasserschutz sind bisher zufriedenstellend vorangekommen.

Auch die Ämter selbst, die schnelle und unbürokratische Hilfe versprochen hatten, verzetteln sich im Gezänk um Zuständigkeiten und Verantwortung.

Zusätzlich hat das Land Rheinland-Pfalz am 31.07.22 alle Baustoffzelte im Ahrtal aufgelöst. Hier wurden die privaten Sachspenden gelagert und verteilt, doch durch die Schließung schwindet der letzte Funke Hoffnung auf einen zügigen Wiederaufbau. Ebenso wurden zu diesem Datum auch laut Kreistagsbeschluss die Fluthilfe-Zentren geschlossen. Hier fand Begegnung und Austausch statt, wurde Essen verteilt, man konnte duschen, sich waschen, und es wurde mit Lebensmitteln oder Stromgeneratoren ausgeholfen.

Der Grund: All das sei nicht mehr nötig...

Wie passt das zu der Aussage von Frank Walter Steinmeier, der zum Jahrestag der Flutkatastrophe am 14.07.2022 vor einem sorgfältig ausgewählten Publikum gesagt hat, der Wiederaufbau sei „keine Aufgabe von 365 Tagen, sondern brauche weiter helfende Hände“? Die Menschen im Ahrtal, in unserem Land, werden weiter hingehalten und vertröstet.

Sie fragen sich zu Recht, wo die 98 Millionen Euro sind, die die deutsche Bevölkerung gespendet hat und warum die Auszahlung der Hilfsgelder immer wieder verschoben wird? Warum sind freiwillige Helfer seitens der Regierung nicht mehr willkommen, und wer gibt der Politik überhaupt das Recht, gegen sein Volk zu entscheiden?

Warum werden die Spendengelder von „Deutschland Hilft“ zurückgehalten, obwohl alle Dachverbände schon



ihr Geld bekommen haben? Von den gut 500 Millionen Euro Spendengeldern, die ursprünglich den Flutopfern eine unbürokratische Hilfe sein sollten, sind bisher nur 1/3 in Aktionen wie Container, Tiny Häuser etc. für Betroffene investiert, die restlichen 2/3 werden seit einem Jahr auf den Konten der Hilfsorganisationen „verwahrt“, natürlich mit zu zahlenden negativ Zinsen!

Warum unterbindet niemand die Praxis der Versicherungen, die die Auszahlungen herauszögern und dann nur noch 50 % ausbezahlen?

Wenn Sie **helfen** möchten, melden Sie sich gerne über unsere **Website**: wir haben **direkten Kontakt** zu einigen Familien im **Ahrtal**.

Warum wird der Kontakt zu den Bürgern im Ahrtal gemieden und das gemeinsame Gespräch nicht gesucht? Und als ob das noch nicht genug für die Flutopfer ist, beschließt das Landwirtschaftsministerium in Mainz, dass Bauern und Winzer im Kreis Ahrweiler, deren Anbauflächen durch die Flut weggespült wurden, diese Flächenverluste jetzt umgehend aus ihren Agrar- und Flächenanträgen herausnehmen müssen, da sie sonst als Subventionsbetrüger gelten und mit aller Härte bestraft werden sollen. Allerdings erst, wenn „Internet und Strom zur Verfügung stehen und die Antragsteller wieder dazu in der Lage sind“!

Die vielen Ungereimtheiten, die noch immer nicht gefundenen Verantwortlichen dieser Katastrophe und das massive Fehlverhalten der Politik, Behörden und auch Medien, die lieber schweigen als aufdecken (ja, hier gibt es Arbeit!), hinterlassen viele Spuren und einen sehr negativen Beigeschmack auf die deutsche Regierung. Wer sehen will, wie Katastrophenmanagement nicht funktioniert, dem sei eine Reise ins und durch das Ahrtal empfohlen.

Patricia Fabrice

— HUNDE BEI DEMOS —

Sein Beginn der bundesweiten Montagsspaziergänge sind häufig auch Hunde mit von der Partie. Dies ist durchaus sinnvoll, wenn der Vierbeiner gleichzeitig seine Abendrunde drehen kann.

In Bad Dürkheim ist das seit einigen Monaten nicht mehr möglich, da die Kreisverwaltung das Mitführen von Hunden untersagt hat.

So heißt es in der Auflage 7 zur Begründung:

Hunde reagieren auf Stress unterschiedlich. Eine Versammlung kann Stress durch laute Geräusche und Menschenmengen auslösen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Hunde durch aktives Verhalten wie z.B. durch Angriff reagieren und somit Versammlungsteilnehmer oder Ordnungs- und Polizeikräfte verletzen.

Der Hund als Alltagsbegleiter wird regelmäßig vielen Reizen wie Menschenansammlungen und lauten Geräuschen ausgesetzt. Stress ist natürlich und kann sogar lebensnotwendig sein. Je nach Rasse, Herkunft und Aufzucht gehen Hunde damit unterschiedlich um.

Polizei- oder Jagdhunde beispielsweise werden schon frühzeitig selektiert und rechtzeitig auf ihre entsprechenden Aufgaben vorbereitet. Diese Hunde zeigen wenig bis gar keine Stressreaktionen.

Andere Hunde zeigen sich mittelmäßig gestresst, einige sind hyperaktiv und leiden stark bei Alltagsgeräuschen. Solche Hunde sollten mit sehr viel Einfühlung und gegebenenfalls fachlicher Hilfe an die entsprechende Situation herangeführt werden.

Hundehalter sollen in der Entwicklungsphase ihren Vierbeiner mit den in unserer heutigen Zeit vorkommenden Situationen vertraut machen. So kann es durchaus sinnvoll sein, den Hund an Menschenansammlungen oder eine Geräuschkulisse langsam heranzuführen und auch einmal kurz über den Jahrmarkt zu gehen, im Rahmen einer Desensibilisierung.

Wichtig ist, dass der Halter Ruhe und Vertrauen ausstrahlt und sich gegebenenfalls schnell aus der sogenannten Gefahrensituation entfernen kann, sobald zu erkennen ist, dass die momentanen Umstände seinen Hund zu stark belasten.

Es gibt einige typische Merkmale, an denen man erkennen kann, ob der Hund wirklich gestresst ist. Treten mehr als zwei der unten genannten Symptome auf, sollte man zunächst die Situation vermeiden.

- Hängende bis stark eingeklemmte Rute
- Ständiges über die Nase lecken
- Unruhe, Hecheln
- Angst und Panik (will nicht weiter laufen)
- Ständiges Pfoten- oder Rutenkauen
- Plötzlicher situationsbedingter Kot- oder Urinabsatz
- Rot unterlaufene Augen
- Angespannte Muskulatur
- Zittern, Speicheln
- Winseln, Jaulen

Beißende Hunde stellen eine Gefahr für die körperliche Unversehrtheit der Versammlungsteilnehmer, der Polizei und unbeteiligte Dritte dar.

Hohe Reaktivität und Aggressivität stellen als stressbedingte Symptome eher eine Ausnahme dar und sind als Grundlage für ein allgemeines Hundeverbot bei einer Veranstaltung unverhältnismäßig und unsachlich. Aggressive Hunde wurden bei den Veranstaltungen in Bad Dürkheim zu keinem Zeitpunkt gesichtet. Außerdem besteht eine Anleinpflicht.

Des Weiteren dient die Auflage auch dem Wohl der Tiere.

Weitere Ursachen, die Stress bei Hunden auslösen, sehr häufig vorkommen und leider zu wenig Beachtung finden sind:

- Mangelnde Bewegung (Explorationsdefizite)
- Mangelnde Beschäftigung
- Unterforderung
- Zu wenig oder eingeschränkte Sozialkontakte zu Artgenossen (Deprivationsschäden)
- Einsamkeit
- Vermenschlichung

Wäre man wirklich am Wohl der Tiere interessiert, würde man keine Verordnungen erlassen und verfolgen, welche die Freiheit, Lebensqualität und sozialen Bedürfnisse unserer Mitbewohner stark einschränken und teilweise tierquälische Dimensionen angenommen haben.



Die Mehrzahl der Hunde zeigt im Alltag ein friedliches Verhalten. Verordnungen sollten sich nicht an Ausnahmen orientieren.

Fazit: Während in anderen Städten und Gemeinden die Anwesenheit von Fiffi und Waldi akzeptiert wird, sieht der Kreis Bad Dürkheim das Leben und die Gesundheit der Mitbürger durch die Anwesenheit von Hunden bedroht. So wie bei dem Umgang mit der eigenen Gesundheit, sollte man auch beim Umgang mit seinem Hund die Eigenverantwortung dem Tierhalter überlassen.

Man soll davon ausgehen dass der Hundebesitzer seinen Hund kennt und weiß, was für ihn gut ist und was nicht. 

— KENNEN SIE KARAKALPAKSTAN? —

Über Macht und Verantwortung der Medien

Wenn nicht, fühlen Sie sich in guter Gesellschaft. Karakalpakstan ist laut Wikipedia eine autonome Republik im Westen Usbekistans am Aralsee. Die Hauptstadt ist Nukus. Zwischen Bad Dürkheim bis Nukus liegen 5050 km.

Am 04.07.2022 berichtet die von uns finanzierte ARD über Aufstände in Karakalpakstan. Gleichzeitig protestieren in den Niederlanden Tausende Bauern gegen Pläne des Landwirtschaftsministeriums, durch die ein Drittel zur Aufgabe gezwungen werden. Darüber kein Wort in den Nachrichten.

Um eine Erklärung bittend wurde die Redaktion von tagesschau.de angeschrieben. Die Antwort war vorhersehbar: es seien gerade so wichtige Themen zu berichten, sodass die Bauernproteste es nicht in die Hauptsendungen schaffen würden, aber es wurde in einer 14 h Sendung berichtet. Nun ist eine Internetseite ja so lang, wie man sie haben möchte, also Platz genug auch für die Niederlande. Bis heute gab es keinen Artikel über das, was in unserem Nachbarland geschieht.

Was zeigt uns dieses Beispiel? Die Medien haben eine große Macht und eine sehr große Verantwortung. Ihre Berichte und Bilder beeinflussen unser Denken, unsere Haltung, unser Handeln und unser Wohlfühlgefühl. Sie sind die Werkstatt unserer Meinungen! Um eine vielfältige Meinungsbildung zu gewährleisten, ist deshalb die Unabhängigkeit der Medien, insbesondere des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), ein wichtiger Bestandteil einer Demokratie und damit die vierte Staatsgewalt.

Wir fragen Sie, liebe Leser: Ist eine solche Unabhängigkeit heute überhaupt noch gegeben, wenn die oberste Chefin des ZDF Verwaltungsrats Malu Dreyer (SPD) heißt? Warum sitzen im obersten Überwachungsgremium vom ZDF gleich mehrere Länderchefs und Parteifunktionäre? Auch Markus Söder (CSU) ist Mitglied in diesem Aufsichtsgremium.

Nicht viel anders sieht es bei der ARD aus. Dort ist die oberste Programmchefin Christiane Strobl. Sie ist die Tochter von Wolfgang Schäuble (CDU) und Ehefrau von Thomas Strobl (CDU), dem Innenminister von Baden-Württemberg. Behindern ihre Ämter nicht die Hauptfunktionen der Rundfunk- und Fernsehämter, zu denen die Überwachung der Erfüllung des gesetzlich festgelegten Programmauftrags, die Genehmigung des Haushalts und die Wahl des Intendanten, zählen?

Vielfalt und Qualität für alle - das ist die Aufgabe der frei zu empfangenden Angebote des ÖRR im Hörfunk, Fernsehen und Internet, welcher sich aus unseren Beiträgen zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren (GEZ) finanziert.

Dürfen wir für unsere GEZ-Gebühren nicht echten Jour-

nalismus verlangen, der ordentlich recherchiert, so wahrheitsgetreu wie möglich berichtet und klug hinterfragt? Stattdessen nehmen wir eine Diffamierung oder ein Totschweigen der Bürger wahr, die hinterfragen, die recherchieren, die Fakten auf den Tisch legen. Ein Beispiel dazu: Der Evaluierungsbericht vom 30.06.2022 gibt den Maßnahmenkritikern wie Dr. Wodarg, Prof. Bahkdi, Prof. Burkhardt etc. in nahezu allen Punkten recht. Warum berichtet man in den Medien darüber nicht und rehabilitiert die Menschen, über die so unfair und undemokratisch berichtet wurde?

Die öffentlich-rechtlichen Medien sind da, um Politik zu kontrollieren und zu hinterfragen und nicht, um als unkritisches Sprachrohr der Politik zu dienen. Weil dies aber seit Corona verstärkt geschieht, möchten viele Bürger dafür keine Rundfunk-Gebühren mehr zahlen. Laut einer in der BILD Zeitung veröffentlichten Umfrage sind dies 84% der Menschen in Deutschland.

Das Projekt Leuchtturm ARD www.leuchtturmard.de hat zum Ziel, eine Kommunikation zwischen uns, den Zwangsgebührenzahlern und dem ÖRR in Gang zu bringen. Eine Reform des ÖRR muss auf den Weg gebracht werden, damit er seiner Verantwortung als vierte Säule der Gewaltenteilung endlich wieder gerecht wird.

Es ist erst dann gut und wieder rechtskonform, wenn zum Thema Frieden unser ÖRR lautstark einfordert, dass über Waffenlieferungen und damit Kriegsbeteiligung das Volk entscheidet und nicht eine Regierung jahrzehntelange Grundsätze und Wahlversprechen wie „keine Waffen in Krisengebiete!“ wegwirft und Menschen wie Dr. Daniele Ganser, Dirk Pohlmann, Willy Wimmer, Thomas Röper uva. zu Fernsehdiskussionen eingeladen werden.

Es ist erst dann gut und wieder rechtskonform, wenn der ÖRR eindringlich die Sanktionen hinterfragt, die vor allem uns selbst nachhaltig schaden, der Industrie als Deutschlands wirtschaftlichem Rückgrat und auch jedem einzelnen Bürger.

Es ist erst dann gut und wieder rechtskonform, wenn nicht mehr censiert wird oder alternative Medien nicht mehr behindert werden.

Es ist erst dann gut und wieder rechtskonform, wenn im ÖRR endlich aktiv und laut die Stimme gegen das Unrecht, das politisch Oppositionellen wie einem Julian Assange angetan wird, zu vernehmen ist.  **Irmtraud Bärmann**

Zu diesem Themenkomplex äußern sich auch Mitarbeiter des ÖRR auf www.meinungsvielfalt.jetzt

VOM TRAUMA ZUR FREIHEIT

Trau·ma, das ['tBaʊma]

eine psychische, seelische oder mentale Verletzung, die mit einer starken psychischen Erschütterung einhergeht, die [im Unterbewusstsein] noch lange wirksam ist und durch sehr verschiedene Erlebnisse hervorgerufen werden kann.

Was ist ein Trauma? Macht mich das unfrei? Wie erkennt ein Mensch, dass seine Seele verletzt ist? Woher kommen solche Verletzungen? Ist es möglich zu heilen? Was ist dafür notwendig? Muss ich mich wie der Baron von Münchhausen am eigenen Schopfe selber wieder aus dem Sumpf ziehen - oder was brauche ich, um mich zu befreien?

Wesentliche Voraussetzung für die Freiheit, die ich meine, ist die Bereitschaft, das Licht des Erkennens bewusst auf die Schatten der Vergangenheit zur werfen.

Schon die Cree, ein indianisches Volk in Nordamerika sahen bei den einfallenden europäischen Menschen einen geistigen Zustand, den sie mit Wetiko bezeichnen, den Virus der Selbstsucht und Gier, einem krankhaften Verhalten, das auch übertragbar ist. Woher kam diese Sicht der Cree?

Dies und noch mehr zu diesen Themen finden Sie in dem Essay „**Vom Trauma zur Freiheit**“ auf unserer Internetseite www.miteinander-duew.de/blog.  **Martin Hilbert**

STIMMEN ZU UNSERER NO. 1

Zu unserer ersten Ausgabe von „Miteinander“ haben wir viel Lob erhalten. Wir haben uns sehr darüber gefreut, zeigt es uns doch, dass wir auf einem guten Weg sind. Besonders erfreute uns eine E-Mail mit dem Betreff: „Endlich mal was Positives im Briefkasten“. Gelobt wurde vor allem der sachliche und „unaufgeregte“ Stil sowie die Themenwahl Bhakdi.

Ein wohlwollender Leser fragt: „Schämen die sich für ihre Artikel?“, denn bei einigen Artikel wird der Namen des Autors nicht genannt.

Ja, da mussten wir schmunzeln, auch wenn der eigentliche Grund dafür überhaupt nicht lustig ist: Es wird gerne in der öffentlichen Diskussion geäußert, dass man alles in unserem Land sagen könne; das stimmt, nur fehlt hier leider der Zusatz: man muss es sich wirtschaftlich/finanziell leisten können. Die Realität sieht so aus: wir haben AutorenInnen, die ihren Namen deswegen nicht nennen wollen, weil sie sonst mit massiven wirtschaftlichen Nachteilen, bis hin zur Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Basis rechnen müssen. Dem tragen wir Rechnung. Ja, da wären wir bei so einem „Kratzer“ unserer Demokratie, wie kann so etwas sein? Wir bleiben auch hier dran, versprochen!

Natürlich gab es auch Kritik. Insgesamt erhielten wir drei ernstzunehmende Rückmeldungen. Die Menschen, die sich mit Schimpfwörtern und verbalen Ausfällen, die nicht in unseren Sprachgebrauch fallen, äußerten, können wir nicht ernst nehmen. Gerne treten wir in einen von gegenseitiger Wertschätzung geprägten Dialog mit unseren Kritikern ein, unsere Türen sind offen!

Anonym erhielten wir die Aufforderung, unsere Zeitung nicht mehr beim Schreiber einzuwerfen. Schließlich sei am Briefkasten ein Schild: „keine Werbung“ angebracht. Wir haben dies rechtlich prüfen lassen, unsere Zeitung beinhaltet keine Werbung und fällt deshalb auch nicht unter diesen Ausschluss. Wenn Sie diese Zeitung nicht mehr wünschen, bitte geben Sie uns einen Hinweis an Ihrem Briefkasten, etwa in der Art: „Miteinander, nein danke“ oder „Kein Miteinander“.  **Eleonore Büschges**

GANZ ZUM SCHLUSS

Unser Anliegen ist es, mit Ihnen, geschätzte Leserin und geschätzter Leser, in Kontakt zu kommen mit dem Ziel, eine breite Diskussion anzuregen. Über unsere Website oder unter der E-Mail: reden@miteinander-duew.de können Sie uns erreichen. Wir freuen uns über Anregungen, Angebote zur Mitarbeit, Kritik und Unterstützung.

Besuchen Sie auch gerne unsere Website: www.miteinander-duew.de. Dort finden Sie regelmäßig Informationen und neue interessante Artikel! Die Zeitung ist privat finanziert.